Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 132. Mittwoch den 13. März 1895. 89. Jahrgang.

Des Bußtages wegen fällt die heutige Abend-Ausgabe aus.

Zur gef. Beachtung.

Die pp. **Abonnenten in L.-Gohlis,** welche das Tageblatt bisher von Herrn Th. Fritzsche **Nachfolger, Mittelstraße 5 dort,** bezogen haben, wollen sich dasselbe gefälligst von morgen ab von

Herrn **Robert Altner, Buchhandlung in L.-Gohlis, Lindenthaler Str. 5,**

gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung abholen oder zusenden lassen.

Die Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die Bestimmung in §. 368, 2 des Reichsstrafgesetzbuchs wird den Grundstücksbesitzern bez. Gartenmiethern hiesiger Stadt bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu **60 Mark** oder entsprechender **Haft** hiermit aufgegeben, ihre Bäume, Sträucher, Hecken ꝛc. während des **Monats April dieses Jahres** von den Raupen des **Ringelspinners** (Bombyx Neustria) gehörig **säubern** und die Raupen sowie deren Nester **vertilgen** zu lassen.

Gleichzeitig geben wir nachstehend unter ⊙ eine kurze Beschreibung der Lebensweise und der zweckmäßigsten Vertilgungsart der angeführten Schmetterlingsgattung.

Leipzig, am 7. März 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 1347. Dr. Georgi. Stahl.

⊙
Ringelspinner (Bombyx Neustria).

Der Schmetterling legt seine Eier Ende Juli oder Anfang August bis zu 400 Stück beisammen spiralförmig um ein- bis dreijährige Aestchen. Erst vom nächsten März ab schlüpfen die Anfangs schwarzen, lang gelbbraun behaarten Räupchen aus, nähren sich zuerst von Knospen, später von Laub. Ihre Fraßstellen überspinnen sie mit einem leichten lockeren Gewebe, ohne ein eigentliches Nest herzustellen. Anfangs trifft man diese Raupen zu mehreren Hunderten gesellig an Obstbäumen, Weißdorn, Rosen, Weißbuchen, Eichen, Pflaumen, Pappeln, Birken beisammen, in der Gabelung eines Astes oder ähnlichen Stellen dicht aneinandergedrängt. Mit dem zunehmenden Wachsthum der Raupen werden diese Gesellschaften kleiner und kleiner, bis sie sich Ende Mai oder Anfang Juni gänzlich auflösen. Sie fressen bei Tag und Nacht und wandern von Baum zu Baum, wenn die Nahrung zu mangeln beginnt. Die erwachsene Raupe verwandelt sich im Juni in einem eirunden gelb durchstäubten Gespinnste zu einer weichen schwarzen Puppe, der im Juli der Falter entschlüpft.

Zweckmäßigste Vertilgungsweise: Zerquetschen und Vernichten der Raupen in ihren Schlupfwinkeln, aus denen sie, wenn solche hoch am Baume sich befinden, durch Anschlagen an die Stämme herabgeworfen werden können, im **April.**

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der städtischen Wasserwerke vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner Herr **Gottlieb Eduard Hommel,** Hainstraße Nr. 20, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 9. März 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 1158. Dr. Georgi. Wolfram.

General-Versammlung

der Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend
Donnerstag, den 28. März 1895,
Abends 8 Uhr
im großen Saale der Central-Halle,
Leipzig, Centralstraße.

Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Leipzig, am 12. März 1895.

Der Vorstand
der Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Dr. Willmar Schwabe,
Vorsitzender. G.

Aus dem socialdemokratischen Lager.

□ Der italienische Socialdemokrat Professor Enrico Ferri hat mit seiner jüngsten Schrift „Socialismus und moderne Wissenschaft" (Socialismo e Scienza Positiva) nichts weniger als Beifall bei seinen deutschen Genossen gefunden. Ferri erklärt u. A., daß der Darwinismus nicht nur keinen Gegensatz gegen den Socialismus, sondern daß er eine der grundlegendsten wissenschaftlichen Unterlagen des Socialismus bilde und daß der Socialismus nur die logische und nothwendige Consequenz des Darwinismus sei. Ferner schreibt Ferri: „Die Lehre vom Classenkampf bedeutet, daß die menschliche Gesellschaft wie jeder andere lebendige Organismus nicht eine homogene Masse, eine gleichförmige Summe mehr oder weniger zahlreicher und undifferenzirter Individuen ist, sondern eine Organisation, die sich aus verschiedenartigen und mit der steigenden Entwicklung immer mehr differenzirten Theilen zusammensetzt . . ." Die Taktik der Socialdemokratie führt Ferri auf Naturgesetze zurück. Er schreibt: „. . . Als Processe der socialen Umwandlung kommen in Frage die Entwickelung, die Revolution, die Revolte und die Gewaltthätigkeit gegen Personen. . . . Der Proceß der Umwandlung ist um so wirksamer und zweckentsprechender, je mehr er social, je weniger individualistisch er ist. Die individualistischen Parteien verfahren persönlich auch im täglichen Kampf, der Socialismus ist auch in diesem collectivistisch, weil er kein einzelnes Individuum, sondern die ganze Gesellschaft für den gegenwärtigen Zustand der Dinge verantwortlich macht. . . . Darum sind die Processe der Evolution und Revolution, als die einzigen, die vollkommen sociale und Gemeinschaftsbewegungen sind, auch die meist wirksamen; der Aufstand oder die Vergewaltigung einer Person haben dagegen nur einen unbedeutenden Einfluß auf die sociale Umgestaltung und schließen viel Inhumanes und Antisociales in sich . . ."

Diese Ausführungen des „Genossen" Ferri, insbesondere die ersteren, mußten unsere Marxisten selbstverständlich verschnupfen, und es veröffentlicht nun auch der „Parteitheoretiker" Karl Kautsky in der von ihm redigirten „Neuen Zeit" eine Entgegnung, in welcher er die Behauptung, daß der Darwinismus eine grundlegende Unterlage des Socialismus und dieser die logische Consequenz des Darwinismus sei, als falsch erklärt. Marx habe seine Geschichtsauffassung im Verein mit Engels schon 1847 im „Communistischen Manifest" niedergelegt, während Darwin's Werk erst 1859 erschienen sei. Ueber die vom Ferri aufgeführten Processe der socialen Umwandlung läßt sich Kautsky wörtlich also aus: „Diese vier Processe sind einander keineswegs coordinirt. Die Entwicklung schließt die Revolution nicht aus; diese ist nur eine besondere Phase, eine besondere, unter bestimmten Bedingungen eintretende Form der Entwicklung. Und der Aufstand und der Kampf gegen Personen sind nur besondere Formen des großen Kampfes, der die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung bildet. Dieselbe ist nicht ein Vorgang, der außerhalb dieser Kämpfe von selbst vor sich geht, nicht ein Vorgang, der wirksamer ist, als die einzelnen Arten des Kampfes und der sie ausschließt. Die gesellschaftliche Entwicklung ist erst das Ergebniß der Kämpfe in der Gesellschaft. Wenn die Socialdemokratie heute den Aufstand und Attentate auf einzelne Personen verwirft, so deswegen, weil die historisch gegebenen politischen und socialen Verhältnisse diese Arten des Kampfes zu unwirksamen machen und das Proletariat auf andere, wirksamere verweisen, Streiks, Boycotts, Wahlkämpfe, parlamentarische Kämpfe und dergleichen; nicht aber deswegen, weil „Evolution und Revolution physiologisch", Aufstände und Attentate „pathologisch" sind. Es hat historische Situationen gegeben, in denen Aufstände oder Gewaltthaten gegen Einzelne sehr wirksame Methoden des Classenkampfes, der „Evolution und Revolution", waren. Glaubt Ferri nicht auch, daß der Bastillensturm oder die Hinrichtung Ludwig's XVI. für die gesellschaftliche Entwicklung ebenso bedeutsame, ja bedeutsamere Momente bildeten, als heute manche gewonnene Wahlschlacht oder mancher gewonnene Streik?

Nicht einmal das möchten wir Ferri zugeben, daß der persönliche Kampf „individualistisch" sei, daß die Socialdemokratie nicht einzelne Individuen bekämpfe, sondern nur das System. Die Gesellschaft ist eben doch kein Organismus nach der Art der Thiere, kein Individuum; sie, und ebenso ihre Unterabtheilung, die Classe, kann nicht für sich agiren, sondern nur durch einzelne ihrer Mitglieder. Was sich in den ökonomischen und politischen Kämpfen zunächst entgegentritt, sind nicht Systeme oder Interessen, sondern Personen als Träger von Systemen und Interessen, und ich kann diese nicht wirksam bekämpfen, wenn ich nicht auch jene bekämpfe. Man kann nicht eine Monarchie in eine Republik verwandeln, ohne einen Monarchen abzusetzen, man kann nicht das capitalistische System durch das socialistische ersetzen, ohne die Capitalisten zu expropriiren u. s. w. Für den materialistischen Historiker, der nach den Ursachen der Classenkämpfe forscht, mögen die Personen Nebensache sein, nicht für den Kämpfer, bei dem es sich nicht darum handelt, den Kampf zu erklären, sondern ihn siegreich zu führen. Die Socialdemokratie hat gar keine Ursache, den Classenkampf zu mystificiren, wie es ihre Gegner gerne thun. Die Agrarier mögen sich als „Landwirthschaft" maskiren, die Capitalisten als die „Industrie", die Bureaukraten als der „Staat", die Socialdemokraten sind nicht „die Arbeit", sondern die Arbeiter.

Ein jeder Kampf bringt aber unvermeidlich einzelne Personen in den Vordergrund, die theils wegen ihrer persönlichen Eigenschaften, theils durch die Gunst der Umstände zu Vorkämpfern und Führern werden. Welches immer das Verhältniß eines solchen Führers zu der Classe oder Partei sein mag, der er angehört, ob er sie wirklich führt oder von ihr geschoben wird, stets vereinigt er in seiner Person ein gut Theil der gesellschaftlichen Macht jener Elemente, die hinter ihm stehen. Der Kampf gegen eine Classe oder Partei wird sich daher stets mit besonderer Wucht gegen einzelne ihrer Führer richten. Daß die Personen der Vorkämpfer und Führer in erster Linie angegriffen werden, geht aus der Natur des Kampfes hervor, und es ändert nichts Wesentliches daran, ob die eine der kämpfenden Parteien individualistisch ist oder collectivistisch, ob sie die Verhältnisse für ein Product des Wirkens der Personen oder umgekehrt letztere für ein Product der Verhältnisse erklärt. So hat die Socialdemokratie Bismarck und Casimir-Perier bekämpft, so bekämpft sie Crispi . . ."

Während in der socialdemokratischen Presse und Literatur seit Jahren die revolutionaire Absicht geflissentlich abgeleugnet und die „Evolution", sowie das „Hineinwachsen in den Zukunftsstaat" — eine Liebknecht'sche Erfindung — behauptet wird, erklärt Kautsky die Revolution für eine besondere Phase der gesellschaftlichen Entwickelung, die unter bestimmten Bedingungen eintritt. Nicht minder interessant ist es, daß Kautsky, im strictem Gegensatz zur socialdemokratischen Presse, zugiebt, daß die Socialdemokratie nicht nur das System, resp. die gegnerischen Classen, sondern auch die Führer und Vertreter derselben bekämpft, ja daß der Kampf auch gar nicht anders geführt werden könne. Selbst Aufstände und Gewaltthaten seien nur zu verwerfen, soweit sie unwirksam seien und es an besseren, erfolgreicheren Kampfesmitteln fehle. Der persönliche Kampf ist, nach Kautsky, nicht individualistisch, denn die Socialdemokratie führt ihn auch, und die Träger von Systemen und Interessen müssen in erster Linie angegriffen werden. Ja, wodurch unterscheiden sich dann in der Hauptsache die Socialdemokraten von den Anarchisten, die dieselbe Taktik, wenn auch in schärferer Form, befolgen? Die Anarchisten halten sich eben an die einzelnen hervorragenden Personen, und zwar umsomehr, weil sie numerisch sehr schwach sind. Uebrigens hat ja auch Liebknecht in seiner Stuttgarter Rede die Ermordung des Präsidenten Carnot durch Caserio weder moralisch noch principiell getadelt, sondern nur aus taktischen Gründen gemißbilligt.

Deutsches Reich.

Ω. **Berlin,** 12. März. Im „Vorwärts" ist zu lesen:

„Weshalb sind uns denn England und Amerika in tausend Dingen der Technik so sehr überlegen? Zum großen Theil deshalb, weil dort die Menschen, die sich hervorthun durch ihre Leistungen, ohne Weiteres und anständig bezahlt werden. Daher müssen wir uns so viele Erfindungen aus der Fremde holen und beginnen bei uns mit Nachahmungen, wenn die Dinge in den Ursprungsländern schon veraltet sind!"

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß das socialdemokratische Blatt mit diesem Urtheile ungeheuerlich übertreibt und den „tausend Dingen", in denen die Technik der Engländer und Amerikaner den Deutschen überlegen ist, sehr viele andere — gezählt haben wir sie allerdings nicht — gegenüberstehen, bei denen das Umgekehrte der Fall ist. In vielen technischen Zweigen ist Deutschland der trotz aller Bemühungen unerreichte Lehrer der anderen Völker. Indessen die Verkleinerung des eigenen Landes, verbunden mit einem leisen Versuch zur Denunciation, wie er sich ja auch in der angeführten Auslassung des „Vorwärts" findet, ist man von der deutschen Socialdemokratie gewohnt. Neu hingegen ist es, an jener Stelle einer so vernichtenden Verurtheilung des Zukunftsstaates zu begegnen. In diesem sollen hervorragende Leistungen nicht nur nicht ohne Weiteres und anständig, sondern überhaupt nicht bezahlt werden, und da der „Vorwärts" in der Hoffnung auf materiellen Erfolg den Antrieb zu ausgezeichneten Leistungen erblickt, so räumt er durch seine nächste Schlußfolgerung ein, was Andere nie bezweifelt haben, daß nämlich der Zukunftsstaat, die socialistische „Gesellschaft" das Ende eines jeden menschlichen Fortschritts wäre.

* **Berlin,** 12. März. Eine Anzahl Presbyterien aus Westfalen und Rheinland hatten einen Protest gegen die liberale Theologie mit Bezug auf die Vorgänge bei dem Feriencursus in Bonn an den preußischen Evangelischen Oberkirchenrath gelangen lassen, der mit dem Verlangen schloß, „daß unsere jungen Theologen auf den Hochschulen in der wahren Erkenntniß der göttlichen Geheimnisse auf Grund des Wortes Gottes in Uebereinstimmung mit den Bekenntnißschriften unterwiesen und befestigt werden". Auf diese Eingabe ist nun, wie der „Krzztg." mitgetheilt wird, unterm 8. März ein Bescheid ergangen, der im Wesentlichen folgendermaßen lautet:

„. . . Wir verkennen nicht, daß wissenschaftliche Erörterungen über die Heilswahrheiten des Christenthums und die heilige Geschichte, insoweit sie zu dem in der Kirche anerkannten Ausdruck des Glaubens in Gegensatz treten, geeignet sind, in den an dem schlichten Glaubensgehalt der heiligen Schrift festhaltenden Kreisen der evangelischen Christenheit Beunruhigung hervorzurufen, und wir würdigen die deshalb bei Leitern und Pflegern christlicher Gemeinden entstandenen Bedenken und Sorgen. Insbesondere bedauern wir, daß es nicht immer vermieden werden ist, zweifelhafte Aufstellungen gelehrter Forschung weiteren Kreisen in einer Form nahezubringen, welche den Unterschied ausgesprochener Vermuthung und erwiesener Wahrheit auch bei solchen Puncten nicht erkennbar macht, wo es sich um den Grundbestand des gemeinen Christenglaubens und der der Kirche von ihrem Herrn übergebenen Gnadenmittel handelt.

Dem gegenüber kann es zur Beruhigung dienen, daß solche Ausführungen einzelner Gelehrten untereinander sich vielfach widersprechen, daß sie nur getheilte Anerkennung auch in den theologisch-wissenschaftlichen Kreisen finden und daß im Streit der Meinungen, der von der Arbeit der Wissenschaft niemals ausgeschlossen werden kann, die evangelische Wahrheit, wie sie von der Kirche, dem reformatorischen Bekenntniß gemäß, geglaubt wird, unter den Männern der theologischen Wissenschaft keineswegs verlassen und unbezeugt dasteht.

Andererseits darf nicht unbeachtet bleiben, daß es der grundsätzlichen Stellung unserer evangelischen Kirche, welche auch auf dem Gebiet der Lehre zu immer größerer Klarheit und Wahrheit hindurchzudringen trachtet, widersprechen würde, wollte man jenen Forschungen mit äußerlichen Mitteln zu begegnen suchen; vielmehr muß daran festgehalten werden, daß Irrthümer, welche bei der wissenschaftlichen Forschung auftauchen, nur durch Bezeugung der Wahrheit und durch die Waffen wissenschaftlicher Erörterung bekämpft und überwunden werden können. Auf diesem Wege hat in der Kirche des reinen Evangeliums schon manche ernste Krisis zur Läuterung und Befestigung christlicher Glaubenserkenntniß geführt.

Neben der wissenschaftlichen Forschung handelt es sich aber für die Kirche bei den theologischen Facultäten um die grundlegende Ausbildung der für das geistliche Amt sich vorbereitenden jungen Männer. Die Kirche muß erwarten, daß die theologischen Universitätslehrer sich in ihrem Gewissen gebunden halten, ihre wissenschaftliche Lehrthätigkeit unter die Autorität des Wortes Gottes zu stellen und auf das Bekenntniß der Kirche, welcher sie angehören und der ihre Arbeit dienen soll, gebührende Rücksicht zu nehmen. Deshalb erkennen wir es nach wie vor für unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß es den theologischen Facultäten an fest im evangelischen Glauben stehenden Lehrern nicht fehle.

Wir haben nicht unterlassen, Das, was wir in dieser Beziehung für nothwendig halten, auch an der Stelle, welche über die Besetzung der akademischen Lehrstühle zu entscheiden hat, zum Ausdruck zu bringen, und dürfen hoffen, daß es unseren Bemühungen an Entgegenkommen nicht fehlen wird . . .

Barkhausen."

Y. **Berlin,** 12. März. (Telegramm.) Das **Kaiserpaar** unternahm gestern Nachmittag eine gemeinsame Spazierfahrt. Zur Abendtafel, welche um 6¾ Uhr stattfand, waren der Herzog und die Herzogin, sowie Prinz Albert von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg geladen. Nach der Abendtafel besuchten die Majestäten mit den Gästen das Opernhaus. Heute früh um 8¼ Uhr nahm der Kaiser den Vortrag des Chefs des Geheimen Civil-Cabinets entgegen und eröffnete um 10 Uhr die Sitzungen des Engeren Ausschusses des Staatsrathes. (S. unten. Red.) Abends um 7¾ Uhr gedachte er die Meldung des Fürsten v. Bentheim-Tecklenburg anläßlich dessen Beförderung zum Major à la suite der Armee entgegenzunehmen. Um 8 Uhr findet im Schlosse zur Feier des Geburtstages des Prinzregenten von Bayern ein Diner zu einigen 40 Gedecken statt. Geladen sind u. A. sämmtliche Herren der hiesigen bayerischen Gesandtschaft, der Reichskanzler und der Staatssecretair des Auswärtigen.

Y. **Berlin,** 12. März. (Telegramm.) Die Sitzung der Engeren Versammlung des **Staatsraths** ist heute, wie schon kurz gemeldet, vom Kaiser im Saale des Bundesrathes (Reichsamt des Innern) mit folgender Ansprache eröffnet worden:

„Meine Herren! Die andauernd ungünstige Lage der Landwirthschaft macht es, wie Ich dies wiederholt ausgesprochen habe, Meiner Regierung zur unabweisbaren Pflicht, Mittel und Wege zu suchen, welche den Ertrag der Bodenbewirthschaftung zu heben und damit die Gefahren abzuwenden geeignet sind, denen die landbautreibende Bevölkerung z. Zt. ausgesetzt ist. Je lebhafter die Frage der Abwehr des Nothstandes in immer weiteren Kreisen erörtert wird, je zahlreicher und einschneidender die Vorschläge sind, welche dieser Abwehr dienen sollen, um so gründlicher und sorgfältiger wird ihre Prüfung vorgenommen werden müssen. In dieser Erwägung habe Ich beschlossen, die gutachtliche Aeußerung des Staatsraths zu erfordern, dessen Engere Versammlung durch eine Anzahl von Männern verstärkt worden ist, von deren praktischer oder wissenschaftlicher Thätigkeit ein sachgemäßes Urtheil über die zur Erörterung stehenden Fragen erwartet werden darf. Ich drücke Ihnen Meinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, mit welcher Sie Meiner Berufung gefolgt sind. Von den Berathungen dieser Versammlung verspreche Ich Mir den Erfolg, daß die weitauseinandergehenden Auffassungen über das auf dem vorliegenden Gebiete Mögliche und Erreichbare berichtigt und der Verständigung näher geführt, und daß daneben für Meine und Meiner Regierung Entschließungen werthvolle Grundlagen gewonnen werden. Es wird Mir zur Genugthuung gereichen, wenn die aus Ihrer Mitte hervorgehenden Vorschläge eine Gestalt annehmen, welche ihre Durchführbarkeit erkennen läßt, und wenn Ihre Berathungen sich auf Ziele richten, welche ohne Verletzung anderer, berechtigter Interessen und unter Achtung bestehender Vertragsverhältnisse den auf der Landwirthschaft lastenden Druck thunlichst zu beseitigen geeignet sind."

Die Verhandlungen, welche vom Kaiser eingeleitet wurden, betreffen als ersten Gegenstand der Tagesordnung Maßregeln zur Hebung der Getreidepreise und wurden bis zum Beginn der Pause, 1 Uhr Mittags, fortgesetzt.

⊙ **Berlin,** 12. März. (Telegramm.) Die gestrige Nachricht der „Post", betreffend die Ernennung des Regierungs-Präsidenten v. Heydebrandt zum Ober-Präsidenten von Ostpreußen ist nach der „Nordd. Allgem. Ztg." unzutreffend.

⊙ **Berlin,** 12. März. (Telegramm.) Der **Antrag Kanitz** wurde mit 103 Unterschriften im Reichstage eingebracht.

— In den „Münch. N. N." lesen wir: „Die dem Fürsten Bismarck vom Kaiser zugedachte Ehrung entzieht sich völlig der Oeffentlichkeit. Die Mittheilungen beruhen lediglich auf Vermuthungen, da eine Ueberraschung geplant ist."

— Was über die unausbleiblichen Folgen der — allerdings nicht zu erwartenden — Annahme des Centrumsantrags auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung gesagt wurde, bestätigt der klerikale „Westfäl. Merkur" höchst unbefangen wie folgt:

„Besonders die Artikel 15 und 18 würden von großer praktischer Bedeutung sein. Es würde das bureaukratische Hineinregieren und Hineinreden in alle möglichen kirchlichen Dinge ein Ende haben und namentlich die katholischen Orden Luft bekommen. Desgleichen würde die Anzeigepflicht für die Geistlichen in ihrem jetzigen weiten Umfange beseitigt sein. Die kirchliche Vermögensverwaltung würde allein nach den kirchlichen Anordnungen stattfinden. Nöthigenfalls wird das Centrum auch bereit sein, nach Annahme seines Antrages eine weitere Anzahl von Anträgen zu stellen, durch welche die der Verfassung widersprechenden Gesetze und Verordnungen aufgehoben würden."

— Der Socialpolitiker Dr. Rudolph Meyer schreibt in der „Gegenwart", daß der Urheber der Kanitz'schen Pläne der österreichische Kunstmüller Till in Brück sei. Am 26. November 1893 habe sich Herr Till an den Herrn v. Ploetz gewandt, den Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe, der unter dem 3. Januar 1894 erwiderte:

„So sympathisch manche Ihrer Vorschläge mir auch sind, halte ich es doch für sehr schwierig, dieselben durchzuführen und um so mehr, da sie uns sehr dem socialistischen Staate näher führen würden."

— Die beiden in der Ausrüstung befindlichen Kreuzer vierter Classe, „Schwalbe" und „Habicht", gehen, laut dem „B. T.", an Stelle des kleineren Kreuzers „Möwe" und des 1878 erbauten Kanonenbootes „Hyäne" nach der ostafrikanischen bezw. westafrikanischen Station.

— Die Stadtvoigtei hatte gestern mit 1927 Gefangenen den höchsten Bestand, der bisher in diesem Winter überhaupt erreicht ist. Der lange Winter mit seiner Arbeitslosigkeit dürfte als die Ursache dieser Erscheinung anzusehen sein. Im Vorjahre waren um die jetzige Zeit Bau- und Erdarbeiten schon längst im Gange. Auch Plötzensee mit 2305 Gefangenen ist zur Zeit überfüllt.

* **Aus Nordschleswig,** 11. März. Der sogenannte „Stolesforening for det nordlige Sleswig" (Schulverein für das nördliche Schleswig) hielt kürzlich in Wogens seine General-Versammlung ab, die stark besucht war. Nach dem Jahresbericht ist die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre von 4202 auf 4319 gestiegen. Der Verein hatte im verflossenen Jahre eine Gesammteinnahme von 20 590 ℳ.

* **Lübeck,** 11. März. Nachdem sich der Senat mit aller Entschiedenheit gegen die Errichtung einer Lübeckischen Staatslotterie ausgesprochen hat, glaubte man, die Sache sei hiermit abgethan. Allein die gesetzgebenden Körperschaften scheinen keineswegs gewillt zu sein, auf diese ergiebige Steuerquelle Verzicht zu leisten. Der Bürgerausschuß beschloß nämlich u. A., das Staatsbudget, dessen Fehlbetrag von 402 000 ℳ auf 356 754,89 ℳ ermäßigt wurde, der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen; dieselbe ist zu ersuchen, die vom Senate zur Deckung des Fehlbetrages zu-

SLUB
Wir führen Wissen.